



# Protestaktion



gegen eine Versammlung  
der rechtsextremen Gruppierung „Pro Deutschland“  
in Spandau am 24.03.2012



Die Zweite Seite

# Inhalt

- Seite 2 Ein Brief aus Gorzów
- Seite 3 Namensänderung
- Seite 4 Verschärfung des Mietrechts geplant
- Seite 5 Für eine kämpferische Berliner Linke
- Seite 6 Für ein nazifreies Dresden
- Seite 7 Schulden-Rallye bis zum bitteren Ende
- Seite 8 Das Newroz-Fest damals und heute
- Seite 9 Ein Newcomer-Bericht aus der BVV
- Seite 10 Alt werden - eine Betrachtung
- Seite 12 **WERWIEWASWIESOWESHALBWARUM ...**



Impressum

Herausgeber: **Die LINKE.**  
Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Pichelsdorfer Straße 138  
13595 Berlin - Spandau (Wilhelmstadt)  
Tel. 36 43 74 71

www.die-linke-spandau.de  
eMail: info@die-linke-spandau.de  
bo-soziale-gerechtigkeit.de  
info@bo-soziale-gerechtigkeit.de

V.i.S.d.P.: Piotr Luczak  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 08. April 2012

Druck: Auflage: 2.000

**Die nächste Ausgabe der Spandauer Umschau  
erscheint im August 2012**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

# Ein Brief aus Gorzów

Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst etwas Historisches. Die neunziger Jahre waren in Polen von einem Ausbruch politischer Aktivitäten gekennzeichnet, wozu auch die Entstehung linker Formationen gehörte. Das war auch die Zeit der intensiven Entwicklung der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) in programmatischer und zahlenmäßiger Hinsicht, einer Partei, die 1892 gegründet wurde und die ab 1948 ihre Aktivitäten ins Ausland verlagerte.



Gorzów Wielkopolski, eigentlich eine Arbeiterstadt, wo die meisten Industriebetriebe entweder geschlossen oder privatisiert wurden, war eines der aktivsten Zentren der PPS in ganz Polen. Dennoch war es für uns aufgrund unserer sozialistischen Programmatik schwer, auf der „Linken“ Partner zu finden. Da kam uns das Glück zugute, dass wir 2002 den ehemaligen PDS-Funktionär den Genossen Piotr Luczak trafen und mit der PDS-Spandau eine freundschaftliche Zusammenarbeit vereinbarten. Genosse Piotr bemühte sich, seine Erfahrung im politischen Kampf einzubringen und seinen Enthusiasmus auch auf unsere Mitglieder zu übertragen, indem er eindringlich davor warnte, sich in parteiinternen Auseinandersetzungen aufzureiben und damit den Kampf um Demokratie und Sozialismus zu schwächen. Immer wieder betonte er in unseren Versammlungen die Notwendigkeit der Selbstorganisation um der Sache willen, denn Warschau sei weit, aber der Kapitalismus vor Ort.

Die damals eingegangene Zusammenarbeit war fruchtbringend, vor allem was die Weiterentwicklung unserer Programmatik anbetraf und was die Entwicklung bei der Arbeit mit Jugendlichen anbetraf. Hier sind wir Genossen Piotr für seine Unterstützung sehr dankbar.

Die weitere Entwicklung der linken Kräfte in Polen und in Deutschland verlief allerdings nicht gerade symmetrisch. Die Entstehung der Partei DIE LINKE und nachfolgend ihre Wahlerfolge sind der Beweis für die Notwendigkeit eines radikalen Programms, das sich eindeutig auf die Seite der Schwachen in der Gesellschaft stellt. Bei uns in Polen siegte dagegen eine ideologisch beliebige →



## Umbenennung

# Der Stichweg soll „Vladimir-Gall-Weg“ werden!

## Vladimir Gall lebt in der Erinnerung der Spandauerinnen und Spandauer weiter

Der Antrag der Partei DIE LINKE.Spandau in der Bezirksverordnetenversammlung, ursprünglich den Zitadellenweg, jetzt „Stichweg“ und „Am Großen Spreebogen“ in Vladimir-Gall-Weg umzubenennen, gilt einer herausragenden Persönlichkeit, die weit über den Spandauer Bezug zeitgeschichtlich, aber auch für unsere heutige Zeit von großer Bedeutung ist. Von Bedeutung ist auch, dass es erstmals seit 1945 auf Antrag eines linken Verordneten in Spandau zu einem breiten Konsens kam.

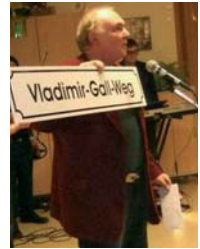
Vladimir Gall (1919 - 2011) meldete er sich freiwillig 1941 nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die UdSSR in die Rote Armee. Aufgrund seiner hervorragenden Deutschkenntnisse wurde er einer Sondereinheit zugeteilt, die direkt an der Hauptkampflinie aus Lautsprecherwagen die deutschen Soldaten über die wahren Ursachen des Krieges und des Faschismus informierte. So lernte er auch Konrad Wolf kennen, der eine ähnliche Aufgabe hatte und später mit seinem Filmwerk „Ich war neunzehn“ Vladimir Gall ein Denkmal setzte. So kam er Ende April 1945 nach Spandau, wo sich in der Zitadelle Wehrmachts- und SS-Einheiten mit hunderten von Zivilisten als Geiseln verschanzten. Unter Einsatz seines Lebens gelang es ihm als Parlamentär, die Nazi-Einheiten von der Sinnlosigkeit ihres Widerstands und

damit zur Übergabe der Festung zu überzeugen. So bewahrte er die in der Zitadelle Spandau eingeschlossenen Zivilpersonen vor dem sicheren Tod.

Nach dem Krieg und vor allem nach der Wende wurde Vladimir Gall mehrfach für seinen Mut und seinen Humanismus

ausgezeichnet, u.a. wurde ihm die Ehrenbürger-schaft des Bezirks Spandau verliehen. In unzähligen Vortragsreisen warnte er vor allem die junge Generation in Deutschland vor Faschismus und Krieg. Bis zuletzt blieb er Spandau verbunden. Es war ihm ein besonderes Anliegen, von Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE Spandau eingeladen zu werden. So nahm er im Juli 2007 am Sommerfest der Partei als Ehrengast teil. Bis zu seinem Tod hat er unermüdlich gegen Tendenzen einer Geschichtsrevision aufgeklärt, die die Verantwortung für die Gräueltaten an den Opfern des faschistischen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion zugeschrieben wird.

Durch die Benennung des zur Zitadelle führenden Stichwegs wird diesem mutigen Mann eine späte, aber würdige Ehrung zuteil.



**Piotr Luczak**

Sprecher der Partei DIE LINKE.Spandau

### Fortsetzung: Ein Brief aus Gorzów

„linke Einheit“ in Gestalt der Partei des SLD. Der Effekt – verlorene Wahlen, Kürzungen im Gesundheitswesen, bei den Ausgaben für Bildung und Kultur, die Gefährdung von Renten, der Rückzug des Staates aus seinen sozialen und humanitären Verpflichtungen. Obwohl in Deutschland die gleichen Tendenzen zu spüren sind, so wirkt die Existenz der Partei DIE LINKE eher bremsend auf solche Vorhaben. Aus euren Erfahrungen müssen wir in Polen so schnell wie möglich lernen. Vor allem die offene und direkte Art, auf Menschen zuzugehen und auch auf die, die selbst nicht kommen können, ist sehr überzeugend. Dass ihr dies erfolgreich, interessant und mit Herz macht, konnte ich mich selbst mehrmals

überzeugen. Ein nach innen gekehrter Politikstil, so wie ich ihn aus Polen kenne, ist euch in Spandau fremd. Das ist die nächste Lehre, die für uns wichtig ist.

Ich denke, dass die Freundschaft und das Wohlwollen, das wir durch euch oft erfahren haben, sowie die sozialen Probleme, gegen die wir kämpfen, und auch die programmatische Nähe es ermöglichen, unsere Zusammenarbeit zu entwickeln, was uns wiederum auf unserer Seite der Oder helfen wird, eine authentische sozialistische Bewegung zu formieren.

**Henryk Kubiak**

Der Autor ist Vorsitzender der PPS/Gorzów



Neues aus dem Bundestag

## Verschärfung des Mietrechts geplant

Seit dem 25. Oktober 2011 ist der Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums zur Mietrechtsänderung öffentlich. Zwar hat der Mieterbund eine umfangreiche —ablehnende— Stellungnahme bereits veröffentlicht, doch in der öffentlichen Debatte spielt der Entwurf keine Rolle. Das ist bedauerlich. Nicht nur, dass er wesentliche Einschnitte in Mieter/innenrechte beinhaltet, das Verfahren des endgültigen Gesetzentwurfes kann ziemlich schnell gehen. Es wird damit gerechnet, dass der endgültige Entwurf noch im ersten Halbjahr dem Bundestag vorgelegt wird. Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, über den Referentenentwurf aufzuklären und den Protest dagegen zu organisieren.

Der wesentliche Bestandteil des Referentenentwurfes ist ein zu Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Der Mieterbund hat in seiner Stellungnahme dazu geschrieben:

„Bei Baumaßnahmen für energetische Modernisierungen wird das Mieterrecht auf Mietminderung, zum Beispiel wegen Baulärms, Dreck, Einrüstung des Gebäudes und Verdunklung der Wohnung oder wegen Heizungsausfalls, für drei Monate vollständig ausgeschlossen.“

Doch damit nicht genug. Der Einschnitt in Mieter/innenrechte geht noch weiter. Im Referentenentwurf heißt es: „Auf Härtegründe können sich Mieter im Vorfeld der Modernisierung nur noch einen Monat lang berufen. Der Einwand der wirtschaftlichen Härte (Miete ist nach Modernisierung unbezahlbar) wird nicht mehr vor Beginn der Arbeiten geprüft, sondern im Mieterhöhungsverfahren selbst.“ Das bedeutet aber nichts anderes, als das der/die Mieter/in eine Modernisierungsmaßnahme grundsätzlich zu dulden hat. Insbesondere kann er/sie nicht im Hinblick auf zu erwartende Härten argumentieren, wenn es um die Frage der Duldung von Modernisierungsmaßnahmen geht. Die Frage der wirtschaftlichen Härten ist damit keine Frage mehr, mit der der Mieter den Duldungsanspruch des Vermieters abwehren kann. In der Gesetzesbegründung heißt es dazu: „Wirtschaftliche Härtegründe, also insbesondere die erhöhte Miete nach Modernisierung, soll der Durch-



führung von Modernisierungsmaßnahmen selbst nicht mehr entgegenstehen.“

Dieser Fakt findet sich in § 555d Abs. 2 S. 2 in dem es heißt: „Die zu erwartende Mieterhöhung einschließlich der künftigen Betriebskosten bleibt bei der Abwägung außer Betracht; sie ist nur im Rahmen des § 559 Abs. 4 zu berücksichtigen“. Dies soll dem Vermieter „weitgehende Baufreiheit und Planungssicherheit“ geben. Allerdings steht in der Gesetzesbegründung zu § 559 BGB, dass im Falle von wirtschaftlichen Härten der Vermieter zwar zur Modernisierung berechtigt, eine Mieterhöhung aber ausgeschlossen ist. Praktisch bedeutet dies wohl für das gerade auch in Berlin existierende Problem der Gentrifizierung, dass es zwar keine Verdrängung von Bestandsmieter/innen gibt, soweit sie eine wirtschaftliche Härte nachweisen können, aber beim Neubezug einer modernisierten Wohnung dann erheblich höhere Mietzahlungen zu leisten sind.

Die Probleme gehen aber weiter. Grundsätzlich kann nach dem § 559 BGB der Vermieter —wie bisher— die jährliche Miete um elf Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten erhöhen. Hier fordert die LINKE beispielsweise eine Beschränkung auf 5%. Ebenso fordern wir, dass bei Neuvermietung ohne Wohnwertsteigerung die Miete nur um den Inflationsausgleich erhöht werden darf.

Als letztes will ich noch auf das Problem neuer Kündigungstatbestände im Referentenentwurf hinweisen. Die Nichtzahlung oder verspätete Zahlung der Kautions soll so behandelt werden wie eine unterbliebene oder verspätete Mietzahlung. Damit wird die Nichtzahlung oder verspätete Zahlung der Kautions zu einem Grund für eine fristlose Kündigung. DIE LINKE fordert, dass eine ersatzlose Kündigung nach Räumung unzulässig sein soll. Der Referentenentwurf greift tief in Mieter/innenrechte ein. Deswegen muss jetzt über ihn aufgeklärt und seine Gesetzwerdung verhindert werden.

**Halina Wawzyniak** Bundestagsabgeordnete DIE LINKE.





Antifaschistischer- Block- Dresden

## Solidarität und gemeinsamer Wille

Es ist den zahlreichen Antifaschisten aus dem ganzen Land wieder einmal gelungen, in Dresden ein großes Zeichen zu setzen! Besonders am 13.02.12 blockierten mehrere tausend AntifaschistInnen und SympathisantInnen aus allen erdenklichen Organisationen, Parteien und Bündnissen den geplanten Marsch der Nazis durch Dresden. Trotz der versuchten Kriminalisierungsversuche seitens der sächsischen Behörden ist es

den Nazigegnern gelungen, dies zu verhindern, obwohl die Polizeikräfte erfolglos die Blockaden zu verhindern suchten. So haben wir es gemeinsam geschafft, den Nazis keinen Raum für ihre schandhafte Geschichtsverfälschung zu lassen. Am 18.02.2012 hat es sich anlässlich einer großen Demonstration, zu der auch der DGB aufgerufen hat, erneut gezeigt, welche Kraft Gemeinschaft und Solidarität unter verschiedensten linken Kräften bewirken kann. Die Menschen der Bundesrepublik wachen immer mehr auf,

um den Kampf gegen Faschismus zu unterstützen und mitzutragen. Trotz des großen Einsatzes von Polizeitruppen kam es zu keinen Zwischenfällen, so dass die Demonstration friedlich verlaufen konnte. Die Impulse und somit die Kraft, die von diesem Sieg ausgeht, wird sich in den Köpfen und Herzen der Menschen manifestieren und somit die Möglichkeit erhalten, zu größerem Mut heran wachsen zu können. Das stärkt die Hoffnung, dass die Menschen mehr Verantwortung mittragen werden für soziale Missstände und für den Kampf gegen Rassismus, damit Sie auch in ihren Gemeinden ihre sozialistischen, demokratischen und kommunistischen Werte weiter hochhalten können. Wir tragen das Vermächtnis großer Widerstandskämpfer und

gedenken ihrer sowie der vielen Opfer des Holocaust und aller anderen Opfer, die jährlich durch die Hände der Rassisten sterben. Dieser Tag und die vielen Bilder und Filme, die hier im Internet und in Zeitungen zu sehen sind, werden auch unseren Genossen in anderen Ländern Mut machen. Der Kampf für die Gleichberechtigung aller Menschen geht weiter und wir werden nicht aufgeben. Dieser Tag hat uns zum wiederholten Male



haben gezeigt, wie wichtig eine pluralistische linke Partei ist, in der sich viele Genossinnen und Genossen untereinander austauschen können, auch wenn die Anschauungen oft unterschiedlich sind.

**Denn das gemeinsame Ziel ist klar!**

**Nie wieder Krieg!**

**Nie wieder Faschismus!**

**Solidarität!**

**Denn der Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen an der Menschlichkeit!**

Jan-Florian Holst

Mitglied des Vorstandes Die LINKE.Spandau



Finanzmärkte

## Schuldenrallye bis zum bitteren Ende

Auf den liberalisierten Finanzmärkten konnte die globale Finanzspekulation seit den 1970er Jahren eine Sequenz von Schulden- und Finanzkrisen auslösen: von der Schuldenkrise der Entwicklungsländer zur Finanzkrise der Schwellenländer in den 1990er Jahren, zur Krise der „New Economy“ in den USA im Jahr 2000, zur Subprimekrise 2007, die in eine schwere Bankenkrise überging, die ihrerseits zur europäischen Staatsschuldenkrise wurde, weil die Banken ja durch die Staaten mit Billionen gerettet wurden.

Die europäische Krise der Staatsschulden ist eine Währungskrise geworden. Dafür haben schon die Rating-Agenturen gesorgt, die die Kreditwürdigkeit der Eurozone insgesamt abgewertet haben. Daher betrifft sie auch diejenigen Länder, deren Regierung und Bevölkerung sich auf der sicheren Seite wähnen. Eine Währungskrise nämlich existiert immer im Plural und daher löst sie hegemoniale Konflikte aus. Und die können, wie in den 1930er Jahren, gefährlich sein.

Alle ökonomischen Überschüsse stammen aus der „realen Wirtschaft“ und sie werden von Arbeitern und Angestellten produziert. Doch im finanzgetriebenen Kapitalismus setzen die „Troika“ aus EU-Kommission, EZB und IWF die Daumenschrauben an, um Schuldner zum Schuldendienst zu zwingen. Gnade Gott den Schuldnern. Immer mehr Sparen wird ihnen aber verlangt bei allen Posten des Staatshaushalts, damit möglichst viel übrig bleibt für den Schuldendienst. Die Regel, dass der Staatshaushalt sich in einem demokratischen Staatswesen in der mehr oder weniger souveränen Verfügung der Regierungen befindet, wird revidiert. Zuerst kommt der Schuldendienst, einzuzahlen auf ein Sonderkonto, auf das die Regierungen der Schuldnerländer keinen Zugriff haben. Die Anwälte des Geldes pfeifen auf das europäische Integrationsprojekt. Sie stellen es zur Disposition, den Schuldendienst an die Banken nicht.

Im mittelalterlichen Schulturm gab es kein Pardon, auch nicht bei den „Kapitulationen“, die dem osmanischen Reich von den Gläubigerationen im 19. Jahrhundert bis zu dessen finaler Pleite und dem historischen Verschwinden aberlangt wurden. Bei der Zerstörung Jugoslawiens in den 1990er Jahren spielte die Gewalt des Geldes ebenfalls eine böse Rolle. Der Schuldendienst und die nationalistische Frage, wer im jugoslawischen

Vielvölkerstaat dafür verantwortlich gemacht werden und daher zahlen soll, sprengte das Staatswesen in einem mörderischen Krieg.

Doch trotz der historischen Erfahrungen sind die Gläubigerbanken und ihre Regierungen gnadenlos. Sie glauben, Schuldner seien an den Schulden schuld. Das wusste schon Aristoteles besser. Geld ist immer eine soziale Beziehung. Geldvermögensbesitzer brauchen unbedingt Schuldner, um ihr Geld renditeträchtig anlegen zu können. Schuldner verhalten sich also völlig systemkonform, wenn sie Schulden machen. Ohne Schulden würde das auf Geld und Kapital beruhende System gar nicht funktionieren können.

So wird die Ungleichheit, die sowieso in mehreren Jahrzehnten neoliberaler Dominanz so sehr zugenommen hat, dass sie nicht mehr zu leugnen ist, auf die Spitze getrieben. Das „Sparen“, das der Anfang März beschlossene „Fiskalpakt“ verlangt, ist ein Bündel grausamer Eingriffe in das Alltagsleben einer Gesellschaft, in soziale Rechte auf Versorgung mit öffentlichen Gütern und Diensten, in die Einkommensverteilung durch Lohn- und Gehaltskürzungen, in Lebensstandard und Lebensschnitt von Millionen zu Gunsten einiger Millionäre. Nicht nur die soziale Substanz einer Demokratie wird aufgelöst. Selbst formaldemokratische Verfahren laufen ins Leere. Die Finanzkrise ist längst zur Demokratiekrise geworden.

Eine produktive Lösung der Eurokrise ist weder der Troika noch den Merkels und Sarkozys zuzutrauen, eine Lösung wie der radikale Schuldenschnitt im Athen von Solon im Jahre 594 vor unserer Zeitrechnung. Das war eine „seisächtheia“, eine Lastenabschüttelung. Zusammen mit einer wirksamen Regulation der globalen Finanzmärkte könnte so die Sequenz von vernichtenden Schuldenkrisen unterbrochen werden. Die nächsten Anlagefelder sind ja schon im Visier der Geldvermögen besitzenden Spekulanten: Rohstoffe, Nahrungsmittel, Energieträger. Das Verschuldungselend wandert dann von Europa nach Afrika, Asien, Lateinamerika. Die Schuldenrallye geht weiter — wer kann das verantworten?

**Elmar Altwater**

Gekürzte, leicht bearbeitete und vom Autor für die Spandauer Umschau autorisierte Version eines Leitartikels in der Zürcher „Wochezeitung (WOZ)“



## Geschichte

## Das Newroz-Fest damals und heute

Die Kurden haben eine lange Geschichte, die vor etwa 2600 Jahren im Zweistromland von Euphrat und Tigris ihren Ausgang nahm. Sie sind mit ihrer bunt gefächerten Kultur in der als Wiege der Menschheit bezeichneten Region Mesopotamien in die Geschichte eingegangen.

Immer wieder wurde im Laufe der Geschichte versucht, mit Gewalt und Unterjochung den Kurden ihre Identität, Kultur und Sprache zu nehmen. Trotzdem gelang es ihnen mit Widerständigkeit und kulturellem Bewusstsein ihre Existenz und Identität seit 2600 Jahren weiter zu bewahren.

Das beste Beispiel dafür ist das jährlich am 21. März überall dort, wo Kurden leben, gefeierte Frühlingsfest des „Newroz“, was wörtlich „der neue Tag“ heißt und sich aus den Wörtern „nu“ (neu) und „roj“ (Tag) entwickelt hat.

Die eigentliche Geschichte des Newrozfestes in seiner noch heute gültigen Bedeutung als Symbol der Freiheit geht zurück auf den Tag, als sich das Volk von der Unterdrückung des grausamen Herrschers Dehok befreite.

Die Legende erzählt, dass Dehok, der sogar seinen Vater umbrachte, sich durch die Ermordung des damaligen Herrschers Camsid an die Macht gebracht hatte. Eines Tages wuchsen ihm zwei Schlangen aus seinen Schultern. Verzweifelt bat er Ärzte und Weisen aus dem ganzen Land um Hilfe. Einmal wurde ihm empfohlen, er solle die Schlangen täglich mit den Gehirnen von zwei jungen Menschen füttern, das würde sie vielleicht töten. So gab Dehok seinen Wächtern den Befehl, täglich zwei junge Menschen umzubringen. Hass und Abscheu regten sich unter dem Volk, doch es war wehrlos. Dank einiger mitfühlender Wächter des Dehok, wurden jeden Monat 30 junge Menschen vor dem grausamen Tod bewahrt, indem man den Schlangen statt zwei Menschenhirnen ein Schafshirn und ein Menschenhirn

zum Fressen gab. Hunderte mussten in die Berge flüchten. Kawa (der Schmied), der bekannte Held der Newroz-Mythologie, brach eines Tages das Schweigen des Volkes und organisierte den Widerstand gegen die Despotenherrschaft. Die eigentliche Heldenrolle kommt jedoch Kawa zu, denn ihm gelang es, das Volk zum Widerstand zu bewegen und es so zu befreien. Der Sturz des Dehok machte der Grausamkeit und dem Leid ein Ende. Aus der Freude, diese harte Zeit überwunden zu haben und aus dem Bedürfnis heraus, dieses große Ereignis zu feiern, wurde das Newrozfest geboren.

Immer wieder werden Kurden in ihrer Sprache und ihrer Kultur in der Türkei, im Iran und in Syrien verleugnet und verfolgt. Durch die am 12. September 1980 in der Türkei sich an die Macht geputschte Militärjunta wurden sämtliche kurdischen Organisationen verboten, Zehntausende in Gefängnisse geworfen, gefoltert und ermordet. Für das türkische Kurdistan wurde das Militärrecht verhängt, der Gebrauch des Kurdischen auch im Alltag verboten und bei Zuwiderhandlungen mit drakonischen Strafen belegt.

Das war die Geburtsstunde des bewaffneten Widerstands. Auch der Einsatz hunderttausender Soldaten, chemischer Waffen, die massive Zerstörung der Dorfstrukturen, Menschenrechtverletzungen als Politikersatz konnten den Willen der unterdrückten Kurdinnen und Kurden nicht brechen.

Nun dauert der Krieg bereits 30 Jahre. Zehntausende Menschen mussten ihr Leben lassen, tausende Dörfer wurden entvölkert, nach wie vor ist der Ausnahmezustand in der Türkisch-Kurdistan nicht aufgehoben.

Beschämend war und ist vor allem das Verhalten der Bundesregierungen bis heute. Die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei sind ein Milliardengeschäft. Auch in der Bundesrepublik werden Kurdinnen und Kurden verfolgt, obwohl sie hier keine Straftat begangen →





BVV

## Ein Newcomer-Bericht aus der BVV

Ich bin nun seit Oktober 2011 Einzelverordneter in der Spandauer BVV und versuche seitdem, nach Kräften die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler zu vertreten.

Da ich in diesem Gremium neu bin, waren mir nicht alle Schritte von vornherein unbedingt bekannt. Aber das gilt nicht nur für mich, denn der erste Wahlgang zur Bürgermeisterwahl war nicht von Erfolg gekrönt, so dass auch alte Hasen sich mal „verstimmen“ können.

Ich musste mich entscheiden, in welchen Ausschuss ich mit Stimm- und Rederecht gehen sollte. Die Geschäftsordnung der BVV sieht leider vor, dass ich als Einzelverordneter nur in einem (1) Ausschuss mit den o.g. Rechten vertreten sein kann.

Ich habe mich für den Ausschuss Soziales entschieden, weil da doch wesentliche Vorgänge, die die BürgerInnen betreffen, behandelt werden, die existenziell für die betroffenen Menschen in diesem Bezirk sind. So zum Beispiel war in der letzten Ausschusssitzung der Geschäftsführer des Jobcenters anwesend und hat auch seinem Bereich berichtet. Er hat auch angeboten, dass die Mitglieder des Ausschusses im Jobcenter hospitieren können. Von dieser Möglichkeit werde ich Gebrauch machen.

Mein erster Antrag betraf die Umbenennung des Zitadellenweges in Vladimir-Gall-Weg.. Dazu gab es dann einen Änderungsantrag von mir, indem ich vorschlug, statt den Zitadellenweg, den Weg „An der Spreeschanze“ und den „Stichweg“, der direkt zur Zitadelle führt,



umzubenennen. Dazu wird der Bauausschuss bis zur Sommerpause abschließend beraten, auch wenn CDU-Röding hier immer wieder Störfeuer entfacht. Ich gehe von einer Beschlussempfehlung für die kommende BVV am 28. März aus. Alles andere wäre eine Blamage für Spandau.

Die Zuarbeit aus dem Bezirksverband ist auf einige wenige Schultern verteilt, so dass es nicht leicht ist, alles zeitlich gut unter einen Hut zu bringen und sich auch von maßlosen Anspruchshaltungen nicht die Laune vergällen zu lassen.

Natürlich besuche ich auch die Sitzungen der anderen Ausschüsse. Dies aufgrund meiner beruflichen Situation nicht gerade einfach und auch Kraft zehrend, weil auch der Politikbetrieb der BVV auf die Arbeitssituation von ganz normalen Arbeitnehmerinnen ohne Gleizeit und Beamtenverhältnis keinen Rücksicht nimmt und auch deren Teilnahme eigentlich nicht vorsieht.

Es wäre schön, wenn mich noch mehr an Kommunalpolitik Interessierte aus der Partei und auch außerhalb der Partei unterstützen könnten. Die Termine der Kommunal-AG „Spartakus“ werden auf unseren Internet-Seiten bekannt gegeben.

[www.dirk-grosseholz.de](http://www.dirk-grosseholz.de)  
[www.bo-soziale-gerechtigkeit.de](http://www.bo-soziale-gerechtigkeit.de)  
[www.die-linke-spandau.de](http://www.die-linke-spandau.de)

**Dirk Großholz**  
 BVV-Verordneter DIE LINKE.Spandau

*Fortsetzung: Das Newroz-Fest damals und heute*  
 gen haben, und werden an die Türkei ausgeliefert, was ihren sicheren Tod bedeutet.

Die Meldungen internationaler Menschenrechtsorganisationen über die Situation in den kurdischen Gebieten sind alarmierend. Der permanente Krieg muss endlich beendet werden, und die kurdische Befreiungsbewegung ist als Verhandlungspartner in Augenhöhe anzuerkennen. Die Bundesregierung muss endlich aufhören, die

türkische Armee mit Waffen zu versorgen.

Wenn Newroz naht, werden in Kurdistan große Feuer entzündet. Trotz der viel zitierten Uneinigkeit, die unter den Kurden in mancherlei Hinsicht herrschen mag, verbindet sie doch eine Hoffnung, die Hoffnung auf Freiheit, die Hoffnung, endlich ohne Repression, wo auch immer, leben zu können.

**Esat Demirok**  
 Stellvertretender Sprecher der Partei DIE LINKE.Spandau





Alt werden?!

## Betrachtungen

„Die Spatzen pfeifen es von den Dächern-  
die Menschen werden immer älter“

Die demographische Entwicklung zeigt es: Die Menschen leben länger, ein Teil sehr gut – aber wie hoch ist der Anteil derer, die es jetzt und in der Zukunft nicht mehr können?

Das Berliner Demographiekonzept hat errechnet, dass es zwischen 2007 und 2030 eine Zunahme der sogenannten jungen Alten (65-80jährigen) von 14 Prozent, auf dann 563.000 Personen geben wird. Die Zahl der Hochbetagten (über 80jährigen) wird im gleichen Zeitraum um ca. 87 Prozent, auf 256.000 ansteigen.

Die Gruppe der erwerbstätigen Bevölkerung (18 bis unter 65) verkleinert sich aber in diesem Zeitraum um 116.000.

Die Alterung wird sich in den einzelnen Bezirken unterschiedlich entwickeln. Dabei wird Spandau bis 2030 einer der Stadtbezirke sein, der mit dem höchsten Anteil der Altersgruppe der 65 bis unter 80jährigen zu rechnen hat.

Aus dem immer größer werdenden Anteil der älteren Bevölkerung resultiert natürlich auch, dass es mehr physisch und psychisch Kranke und Pflegebedürftige geben wird.

Somit ist die Rente ab 67 nicht nachvollziehbar, auch aus der Begründung heraus, dass es immer weniger Arbeit geben wird.

Seit Einführung von Hartz-IV haben ALG-II-Empfänger, 1-Euro-Jobber und alle auf dem Niedrig-lohnsektor Arbeitende keine Aussicht, eine zum Leben ausreichende

Rente zu erarbeiten. Lohn- und Renten Kürzungen sowie Stellenabbau (besonders im öffentlichen Dienst: Lehrer sind davon betroffen) sind die Zukunft.

Nun wird von den Politikern festgestellt und gefordert: Passiv im Alter sein ist out. Jetzt müssen Potentiale ausgeschöpft werden und die Alten müssen innovativ sein. Da wird nicht mehr vom wohlverdienten Ruhestand gesprochen - nein-

jetzt geht es um Selbsthilfe und Selbstverantwortung und Teilnahme der Senioren am gesellschaftlichen und politischen Leben – auch der Hinweis, dass Arbeitgeber bitteschön auch genügend „Alte“ einstellen möchten. Siehe da, es wurde erkannt, dass auch die „Alten“ noch was können. Nun geht es darum, alles zu unternehmen, die „Alten“ zu motivieren, doch länger zu arbeiten, vor allem doch aber ehrenamtlich, unentgeltlich. Die Alten werden gebraucht, sie sollen nunmehr nicht mehr auf dem Abstellgleis dahinsiechen. Ehrenamtliche Tätigkeit steht hoch im Kurs.



Unbestritten ist, dass ehrenamtliche Arbeit gerade heute in Zeiten leerer Kassen notwendig ist und der Solidarität eine hohe Priorität zukommt.

Doch es darf nicht das Gros sein. An erster Stelle muss die Schaffung von Arbeitsplätzen mit ausreichender Bezahlung stehen: gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente, das ist die Lösung, das verhindert auch Altersarmut. Verfehlte Sozialpolitik in der Familienpolitik sollen nun die „Alten“ ausbaden.

Die Gesellschaft braucht die Mitwirkung der Senioren und natürlich Senioren brauchen Aktivitäten, die sie



## Alt werden?!

nicht bevormunden, sondern befähigen, selbst aktiv zu werden und Entscheidungen zu treffen. Auch Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und körperlichen und demenziellen Behinderungen können viel mehr für sich entscheiden, als dies bisher üblich ist.

In Berlin stieg die Anzahl der Menschen mit Schwerbehinderung von 2009 zu 2010 um 11%, die Hälfte davon sind ältere Menschen. Nach wie vor spricht man in Berlin vom Pflegenotstand.

Es gibt nicht ausreichend qualifiziertes Pflegepersonal – was sich ändern soll.

Nach Einführung der Pflegeversicherung 1995 – was auf jeden Fall ein Fortschritt war, war sie nicht in allen Punkten hinsichtlich der Durchführung der Pflege menschenwürdig. Das betrifft die Einführung der Minuten-Pflege. Sie ist nicht zeitgemäß und muss überarbeitet werden.

In der klassischen Definition der Weltgesundheitsorganisation im Hinblick auf Gesundheit steht ausdrücklich, dass es nicht nur die Abwesenheit von Gebrechen und körperlichen Schwierigkeiten, sondern um ein glückliches Leben in der Umwelt geht.

Sollte diese Gesundheit nicht unser aller Ziel sein?

Und sollte diese Gesundheit nicht auch der Slogan des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens sein?

Die Betrachtung des Ganzheitlichen, besonders in der ärztlichen Versorgung, lässt immer noch zu wünschen übrig.

Ganzheitliche Betreuung heißt, eine Organisation der Kommunikation verschiedener Berufsgruppen mit Einbeziehung der Patienten zu schaffen.

Das betrifft die Bereiche der Mobilität, Probleme der Aktivitäten des täglichen Lebens und die Bereiche der Kommunikation.

Es ist also mehrdimensionale Hilfe, multiprofessionale Hilfe notwendig.

Dabei sollten die Krankenkassen insbesondere ihren Beitrag leisten, wobei zu sagen ist, dass fast 20 Millionen Euro in ihrem Bereich auf Eis liegen und nicht den

Versicherten zu gute kommen.

Das Bestreben ältere Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen ist jedoch dahingehend, solange zuhause zu bleiben, wie es geht. Es gibt ein Pflegesystem, das das gewährleisten kann. Dabei ist zu sichern, dass diesen Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen ist. Anlaufpunkte sind hier die Pflegestützpunkte, die es in jedem Berliner Stadtbezirk gibt. Sie stehen beratend zur Seite, sie sind neutral und kostenlos.

Auch die Spandauer Seniorenvertretung sieht sich als Mittler zwischen den SeniorInnen 60 plus und dem örtlichen Stadtbezirk. Sie berät und unterstützt SeniorInnen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber Institutionen, Behörden und Einrichtungen. Sie kümmert sich aktiv um die Belange älterer Menschen, auch um ihre Einbindung und Mitwirkung in allen Lebensbereichen.

Alles hat sein „Für und Wider“. Es besteht beim Verbleiben als alleinstehender Pflegebedürftiger in seiner eigenen Wohnung natürlich auch die Gefahr der Vereinsamung.

Die zunehmende Altersarmut hat ein besonders Gewicht. Besonders Frauen sind davon betroffen, weil Erwerbsbiographien Lücken aufweisen.

Sie waren immer verantwortlich für die Familien. Viele haben sich vom Partner getrennt und waren alleinerziehend.

Das erfordert besonders die Politik in die Pflicht zu nehmen, eine Rentenreform, Reformen im Gesundheitswesen und die Abschaffung von Hartz-IV vorzunehmen. Es ist auch ein Akt der Erhaltung der Würde eines Pflegebedürftigen, dass sein Angespertes als Notgroschen erhalten bleibt.

**Erika Hein**

ist für die Volkssolidarität Spandau

Seniorenvertreterin im Bezirk

und Mitglied des Vorstandes Die LINKE.Spandau



# WER WIE WAS WIESO WESHALB WARUM WANN WO WER WIE WAS

## 1. Mitgliederversammlungen:

jeden 3. Donnerstag im Monat  
um 18.30 Uhr  
(Seniorenclub Lindenufer, Mauerstr. 5b,  
Nähe Rathaus Spandau, U7)

## 2. Vorstandssitzungen:

jeden 1. und 3. Samstag im Monat  
um 10.00 Uhr  
(Geschäftsstelle Pichelsdorfer Str. 138,  
13595 Berlin)



**Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen!**  
Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Hotline 030/24009 555 oder im Internet unter [mitglied.die-linke.de](http://mitglied.die-linke.de)

Frau <input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Name, Vorname	
Geburtsdatum	Beruf
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	
E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ausfüllen und per Post oder per Fax an 030/24009 480

Die LINKE. Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Pichelsdorfer Straße 138

13595 Berlin - Spandau (Wilhelmstadt)

Tel. 36 43 74 71

[www.die-linke-spandau.de](http://www.die-linke-spandau.de), [info@die-linke-spandau.de](mailto:info@die-linke-spandau.de)

## 3. Basisorganisation „Soziale Gerechtigkeit“ :

jeden letzten Dienstag im Monat  
um 18.00 Uhr  
(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138,  
13595 Berlin)

## 4. AK Gewerkschaften:

jeden 2. Dienstag im Monat  
um 18.00 Uhr  
(Geschäftsstelle Pichelsdorfer Str. 138,  
13595 Berlin)

## 5. Hartz IV - Beratung:

jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat  
um 18.00 - 20.00 Uhr  
(Pillnitzer Weg 21,  
13591 Berlin, bei der Volkssolidarität)



Sozialistische  
Bildungsakademie  
Spandau

## 6. Sozialistische Bildungsakademie:

Immer am ersten Montag im Monat  
um 19.00 Uhr  
(Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 5b  
Nähe Rathaus Spandau)

Wenn Sie etwas bewegen und verändern wollen,  
dann kommen Sie in DIE LINKE.  
Wir brauchen viele Neue  
– gönnen Sie sich etwas Neues!